

Stadtverwaltung

U P A / 0 2 / 2 0 2 0



An die
Mitglieder

des Umwelt- und Planungsausschusses

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses

Sitzungstermine: Mittwoch, 04.03.2020
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 21:14 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Rathauses,
46325 Borken

Es sind anwesend:

Vorsitzende/r:

Rottbeck, Paul

Vorsitzender

CDU:

Kohlruss, Günter
Kranenburg, Marius
Lansmann, Markus

Merkel, Jutta
Nikolov, Nico
Richter, Frank
Schwane, Walter
Stork, Günter
Stumpf, Hubert

Ab TOP 3; ab 17:06 Uhr

Ortsvorsteher

Bis 19:40 Uhr; TOP 6
einschl.

SPD:

Biela, Claudia
Eggern, Dieter

Stellv. für Stv. Grotzky
Stellv. für Stv. Kinder-
mann ab 19:55 Uhr; Ab
TOP 10

Engelhardt, Tamara Kaiser, Michael Kindermann, Kurt	stv. Ausschussvorsitzender	Stellv. für Stv. Niemeyer Bis 19:55 Uhr; TOP 9 einschl.
---	----------------------------	---

UWG:

Bleker, Werner Ebbing, Brigitte	sachk. Bürger/in	Bis 21:08 Uhr; TOP 23 einschl.
------------------------------------	------------------	-----------------------------------

FDP:

Nitsche, Bastian		Bis 19:40 Uhr; TOP 6 einschl.
------------------	--	----------------------------------

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Martsch, Siegfried Schweers, Josef		Bis 19:54 Uhr; TOP 7 einschl. Stellv. für Stv. Martsch ab 19:54 Uhr; ab TOP 8
---------------------------------------	--	--

Fraktionsloses Mitglied:

Wingerter, Sigrid		Bis 19:40 Uhr; TOP 6 einschl.
-------------------	--	----------------------------------

Gäste:

Becker	zu TOP 4
Beehring, Barbara	zu TOP 6
Biebersdorf	zu TOP 3
Buß	zu TOP 4
Gottwald	zu TOP 5
Günther	zu TOP 4
Schmidt, Stephan	zu TOP 6
Thesing, Manuel, Prof.	zu TOP 6

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons Niehoff-Elsing, Birgitta Tautz, Jürgen		Stellv. für Stv. Stumpf ab 19:40 Uhr; ab TOP 7
--	--	---

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Beckmann, Christoph, Fachbereichsleiter
Bone, Christine
Bücker, Ludger, Fachbereichsleiter
Busch, Karl-Heinz, Fachabteilungsleiter
Dahlhaus, Martin, Fachabteilungsleiter
Gesing, Michael
Kalfhues, Heike
Kaling, Markus
Kuhlmann, Jürgen, Techn. Beigeordneter
Nießing, Norbert, 1. Beigeordneter der Stadt Borken
Rottbeck, Christa, Technische Prüferin
Schulze Hessing, Mechtild, Bürgermeisterin
Schulze-Dinkelborg, Rolf, Fachbereichsleiter
Zender, Dennis

Schriftführer/in:

Kaß, Matthias

Es fehlen entschuldigt:**SPD:**

Grotzky, Hartmut
Niemeyer, Jürgen

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

- 3 Vortrag: Verbesserung der Reinigungsleistung Kläranlage (Tuttahs und Meyer)

- 4 Vortrag: Wohnungsbedarfe Pestel-Studie - Pestel Institut Herr Günther

-
- 5** Vortrag: Ökologische Gewerbegebiete (Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN)
Vorlage: V 2019/336
-
- 6** Neubebauung des Grundstückes Kapuzinerstr-/Remigiusstraße - Ergebnis der zweiten Anliegerversammlung
Vorlage: V 2020/055
-
- 7** Biodiversitätsstrategie der Stadt Borken - Kommunale Grünflächenpflege
Vorlage: V 2019/250
-
- 8** Vorschlag zur Nachbesetzung eines Naturschutzbeauftragten
Vorlage: V 2019/251
-
- 9** Geräteraumerweiterung (Anbau) für die Mergelsbergsporthalle
Vorlage: V 2020/022/1
-
- 10** Umbau Rampe Aa-Radweg an der Alten Bahntrasse
Vorlage: V 2020/040
-
- 11** Kanalverlegung unterhalb des neuen Kreisverkehrs Nordvelener Straße
Vorlage: V 2020/041
-
- 12** Neubau einer Straßenbeleuchtung an der Nordvelener Straße von Ramsdorfer Straße bis Kotten Büsken
Vorlage: V 2020/042
-
- 13** Entwicklung eines städtischen Grundstücks "Am Kaninchenberg"
Vorlage: V 2020/056

14 Antrag der CDU: Einrichtung eines Gestaltungsbeirates
Vorlage: V 2020/052

15 Antrag des CDU-Ortsverbandes Gemen vom 06.11.2018 - Aufstellung von "Durchblick"-Tafeln im Ortsteil Gemen (Beschluss des Hauptausschusses vom 28.11.2018)
Vorlage: V 2019/286

16 Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN: European Climate Adaption Award (eca)
Vorlage: V 2020/030

17 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Schaffung von mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
Vorlage: V 2019/348

18 Mitteilungen der Verwaltung

18.1 45. Änderung Flächennutzungsplan

18.2 Bekennerbrief Fliegerberg

19 Anfragen an die Verwaltung

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Rottbeck begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist. Der TOP 15 sei abzusetzen, da noch Gespräche mit dem Heimatverein Gemen zu führen seien. Er werde in der nächsten UPA-Sitzung nachgeholt. Vorsitzender Rottbeck lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	18 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Vortrag: Verbesserung der Reinigungsleistung Kläranlage (Tuttahs und Meyer)

Vorsitzender Rottbeck gibt an, dass vor der Sitzung die Kläranlage unter der Führung von Herrn Kuhlmann und Herrn Bücken besichtigt worden sei, wo über den Stand der Bau- Abwassertechnischen Maßnahmen der letzten fünf Jahre berichtet worden sei. Die Investitionssummen belaufen sich auf ca. 10 Millionen Euro.

Herr Biebersdorf (Tuttahs & Meyer) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Verbesserung der Reinigungsleistung der Kläranlage.

Stv. Richter möchte wissen, auf welches Jahr die Prognose bezogen sei.

Fachbereichsleiter Bücken gibt an, heute +15 Jahre.

Stv. Richter merkt an, dass durch technische Verbesserungen immer weniger Wasser benötigt werde und möchte wissen, wie damit umgegangen werde.

Herr Biebersdorf erklärt, dass nicht davon ausgegangen werde, dass der Gesamtwasserverbrauch weniger werde und es sei mit den aktuellen Daten geplant worden. Zudem werde noch viel Fremdwasser eingeführt. Es werde immer von ungünstigen Verhältnissen ausgegangen.

Stv. Richter stellt fest, dass es wichtig sei, die Zukunft nicht zu gesund zu rechnen. Mit gesunden Menschen- und Augenverstand sei zu handeln.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass es sich um eine Zwischenstandsanalyse handele, weitere Ergebnisse würden entsprechend vorgestellt.

Stv. Kindermann möchte wissen, ob die Präsentation der Niederschrift beigefügt werde und ob man sich bei Fragen an Herrn Biebersdorf wenden könne.

Herr Biebersdorf gibt an, dass man sich bei Fragen gerne melden könne.

zu 4 **Vortrag: Wohnungsbedarfe Pestel-Studie - Pestel Institut Herr Günther**

Herr Buß (Sparkasse Westmünsterland) erklärt die aktuelle Situation sowie die Hintergründe der Studie.

Herr Matthias Günther (Pestel Institut) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Wohnungsbedarfe.

Stv. Kindermann gibt an, dass in einem Haushalt durchschnittlich 2,4 Erwachsene leben, ein Haushalt insgesamt aber bei fast 8 liege, somit seien es fünf Kinder pro Haushalt

Herr Günther erklärt, dass viele Kinder nach dem ersten Auszug nochmal zurück ins Elternhaus kommen, daher komme diese Zahl zustande.

Stv. Richter zitiert einen Auszug aus seiner Haushaltsrede. Ein Defizit von 240 Wohnen pro Jahr sei vorhanden, man könne nicht so tun, als ob man kein Problem habe. Die Frage sei, wo wollen wir hin, dieser Diskussionspunkt sei zu klären.

Bürgermeisterin Schulze Hessing merkt an, dass die Politik es steuern müsse. Zuletzt seien Grundstücke an Investoren veräußert worden, mit der Auflage mindestens 50% der Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau anzubieten. Zudem stehe heute noch ein Punkt auf der Tagesordnung in Sachen Nachverdichtung. Die Studie zeige, dass Borken Bedarf habe und dieser sei weiter politisch zu steuern.

Herr Günther gibt an, dass er darüber verwundert sei, wie weit das Thema Nachverdichtung in vielen Kommunen schon Thema sei.

Stv. Kindermann wirft die Frage auf, ob aktuelle Zahlen bezüglich Sozialer Wohnungsbau vorhanden seien.

Herr Günther merkt an, dass aktuelle Zahlen nicht vorhanden seien.

Verwaltungsmitarbeiter Zender möchte wissen, ob er es richtig verstanden habe, dass der Konsument für den Klimawandel und Klimaschutz verantwortlich sei.

Herr Günther erläutert, dass der Konsum dafür verantwortlich sei, nicht der Konsument.

Stv. Richter möchte über das Protokoll beantwortet haben, wie viele Wohneinheiten in den letzten Jahren genehmigt und abgenommen worden seien.

Stv. Kindermann fügt hinzu, dass auch die Anzahl der Wohnungen, die entfallen seien, mitzuteilen sind.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Statistik über die **erteilten Baugenehmigungen:**

In Summe wurden

2017 - 188 WE

2018 - 239 WE

2019 - 208 WE und

2020 - 92 WE (Stand 10.03.2020)

Beantragt.

Die Auswertung der Anzahl über **die fertiggestellten WE** ist nicht aussagekräftig, da nicht alle Ihre Schlussabnahme anmelden und auch für die Freistellungsverfahren keine Abnahme vorgesehen sind.

Mit der BauO NRW 2018 entfällt auch die Abbruchgenehmigung, sodass hier auch keine Zahlen geliefert werden können.

**zu 5 Vortrag: Ökologische Gewerbegebiete (Antrag der Fraktion B`90/DIE GRÜNEN)
Vorlage: V 2019/336**

Frau Julia Gottwald (Stadt Vreden) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation ökologische Gewerbegebiete.

Stv. Martsch erläutert den Antrag seiner Fraktion und beantragt, dass dem Netzwerk beizutreten sei. Zudem sei ein Betrag von 50.000 Euro für Unternehmen auszuloben, welche sich zur Umsetzung von Maßnahmen bereit erklären.

Bürgermeisterin Schulze Hessing schlägt vor, dass die Rahmenbedingungen geprüft würden und zum nächsten UPA werde das Thema konkretisiert und ein entsprechender Vorschlag gemacht. Über Summen zu sprechen, sei jetzt der falsche Zeitpunkt.

Stv. Martsch ist mit der Vorgehensweise einverstanden, in der Hoffnung, dass dann die konkreten Schritte vorliegen.

Stv. Richter stellt fest, dass in einem neuen Bebauungsplan die Maßnahmen gefordert bzw. festgesetzt werden könnten. Bevor Zahlen genannte würden, seien Themen, wie zum Beispiel Klimaschutz mit einander zu verzahnen. Dem Vorschlag der Bürgermeisterin sei zu folgen.

Stv. Kindermann möchte wissen, ob es Auswirkungen auf den Stellenplan habe, da ja entsprechend mehr Arbeitsstunden gebraucht würden.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass dieses alles noch zu früh sei, die Rahmenbedingungen seien zu prüfen, ob und wie es realisierbar sei.

Stv. Ebbing stellt fest, dass es gemacht werden müsse, da es die Verpflichtung der Stadt Borken sei, etwas zu tun und möchte wissen, ob Frau Gottwald auch für andere Stadtteile bzw. auch für die Innenstadt von Vreden solch eine Planung durchgeführt habe.

Frau Gottwald erläutert, dass sich das Projekt nur auf ein Gewerbegebiet in Vreden beziehe, dieses habe nichts mit der Innenstadt zu tun. Die Gewerbetreibenden seien bereit, einiges zu ändern in den Bestandsgebieten, dieses beruhe alles auf freiwilliger Basis. Daher sei es keine verlorene Zeit in den Bestandsgebieten aktiv zu werden.

Stv. Ebbing möchte konkret wissen, ob diese Planungen dann nur für Gewerbegebiete sei.

Frau Gottwald gibt an, dass diese Planung nur für ein Gewerbegebiet in Vreden sei.

Stv. Martsch merkt an, dass der Beschlussauszug, mit nur einer Kenntnisnahme, zu wenig sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing schlägt folgenden Beschluss vor. „Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen und Konsequenzen für einen Beitritt zum Projekt "Grün statt Grau" aufzuarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses vorzustellen.“

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Rahmenbedingungen und Konsequenzen für einen Beitritt zum Projekt "Grün statt Grau" aufzuarbeiten und in einer der nächsten Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses vorzustellen

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 6 Neubebauung des Grundstückes Kapuzinerstr-/Remigiusstraße - Ergebnis der zweiten Anliegerversammlung
Vorlage: V 2020/055

Bürgermeisterin Schule Hessing gibt das Ergebnis der Anliegerversammlung wieder. Die Bebauung werde grundsätzlich begrüßt, zwei Anlieger hätten Bedenken angemeldet.

Herr Manuel Thesing (Architekturbüro Thesing) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation, welche auch in der Bürgerversammlung vom 30.01.2020 gezeigt wurde, die Neubebauung des Grundstückes Kapuzinerstraße / Remigiusstraße.

Stv. Richter merkt an, dass die Ecke nach einer Modernisierung schreie. Das Einvernehmen der Nachbarschaft sei wichtig. Der erste Entwurf passe so gar nicht in den Bebauungsplan und wäre nicht die Vorstellung, die die Nachbarschaft hatte. Juristisch könne er es nicht beurteilen, was die Einwände für eine Folge haben könnten. Die Planung habe einen großen Wiedererkennungswert. Da direkt an der Grenze gebaut werde, scheine dieses nicht sehr einfach zu sein, technisch aber möglich. Der Komplex müsse eine Entwicklung für die Innenstadt sein. Bezüglich der eingegangenen Einwände werde eine Stellungnahme erwartet. Es dürften keine erheblichen Nachteile für die Nachbarschaft entstehen.

Stv. Kohlruss fügt hinzu, dass die Gestaltungssatzung im Kernbereich der Innenstadt wenig Spielraum zulasse. Ein paar Stellen am Gebäude seien noch zu lösen. Entweder sei das Gebäude zu ändern oder die Satzung. Für Fenster, Fassaden, Rücksprünge, Loggien und Dachgauben seien knallharte Festsetzungen in der Satzung vorhanden. Die Verwaltung müsse dieses sauber abwägen, damit diese nicht zu Problemen führe.

Stv. Kindermann zitiert einige Ausschnitte aus der entsprechenden Gestaltungssatzung, welche für den Kernbereich Gültigkeit habe. Demnach müsse sich das Neue in das Bestehende einfügen. Das vorgestellte Bauvorhaben widerspreche mehrfach der Satzung. Deshalb sei dieser Baukörper für die SPD-Fraktion nicht genehmigungsfähig. Sollte es so realisiert werden, müsse der Bebauungsplan geändert werden. Das neue Gebäude solle Rücksicht auf die gewachsene Struktur nehmen und die Umgestaltung müsse behutsam erfolgen. Die SPD-Fraktion ziehe das Fazit, dass die gültige Gestaltungssatzung erhalten bleiben solle und es werde einem Bebauungsplanveränderungsverfahren nicht zugestimmt.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann merkt an, dass es wichtig sei, dass die Anlieger beteiligt würden, und das schon vor dem formellen Verfahren. Ein Anlieger habe das Recht Einwände zu machen. Eine Gestaltungssatzung zu haben, bedeute aber auch, dass eine Entwicklung gefördert werde, dieses müsse gegeben sein. Wichtig sei, dass dieses im Einvernehmen zu machen. Viele Dinge passen in den Planungen zusammen und haben einen Wiedererkennungswert. Zudem handele es sich hier nur um einen Vorentwurf.

Stv. Ebbing gibt an, dass der neue Entwurf deutlich besser sei. In einem Schreiben eines Anliegers werde auf einen schlechten Brandschutz hingewiesen und möchte wissen, ob es rechtliche Konsequenzen haben könne oder man sich angreifbar mache, wenn das Bauvorhaben sich nicht an die Gestaltungssatzung halte.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass die Gestaltungssatzung keine Entwicklungsverhinderungssatzung sei. Neue Entwicklungen seien zu begrüßen. Zudem komme die Detailplanung noch und eine attraktive Innenstadt sei gewollt. Es sei fatal, wenn keine Entwicklung möglich sei. Der Beschlussvorschlag besage, dass das Verfahren gestartet werde. Mit allen Einwänden werde sich intensiv befasst und der Ausschuss werde sich mit den einzelnen Dingen befassen müssen. Heute laute der Auftrag an die Verwaltung, das Verfahren vorzubereiten.

Stv. Ebbing wirft die Frage auf, ob die Gestaltungssatzung wie eine rote Ampel zu sehen sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass die Gestaltungssatzung keine rote Ampel sei. Die Satzung sage doch nicht, dass alles so bleiben müsse, wie es aktuell sei. Es müsse verträglich und behutsam weiterentwickelt werden. Die Satzung stehe nicht über den Bebauungsplan, beides müsse sich ergänzen. Die Einzelheiten würden noch sauber abgewägt.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt die Anregung bezüglich Brandschutz. Das formelle Verfahren schließe sich jetzt erst an. Das Thema Stadtklima werde im nicht öffentlich Teil besprochen, da es hier um private Rechte gehe.

Stv. Richter stellt fest, dass die Gestaltungssatzung keine Grenzsetzung sein dürfe. Solche Richtlinien sein regelmäßig zu überprüfen, die betroffene Satzung sei von 2007. Das Objekt, welches aktuell dort stehe, sei ein energetischer Totalschaden. Ein Impuls sei zu setzen und die Satzung sei zu hinterfragen. Zudem sei im Beschlussvorschlag zu ändern, dass das Vorhaben begrüßt werde. Eine Zustimmung habe schon etwas Endgültiges.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus merkt an, dass sich die Gestaltungssatzung bisher bewährt habe. Insgesamt sei das Vorhaben ein Benefit für die Innenstadt.

Stv. Kohlruss fasst zusammen, dass Differenzen zwischen dem Entwurf und der Satzung vorhanden seien, welche abzuwägen seien. Der Entwurf sei klasse, aber mit der Satzung müsse sich beschäftigt werden, im Idealfall so, dass alle damit zufrieden seien.

Stv. Martsch findet es schade, dass die Arkadengänge nicht mehr zur Debatte stünden. Wäre die Satzung so steif anzuwenden, so könne man auch nicht über PV-Anlagen oder Dachbegrünung reden. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Stv. Biela gibt an, dass eine Entwicklung auch mit der Satzung möglich sei, aber eben im Rahmen Satzung. Der Entwurf wirke sehr massiv, wie eine Festung und sei um einiges höher als die angrenzenden Gebäude.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erklärt, dass der Bebauungsplan die Traufhöhe festlege, die Anzahl der Geschosse sowie die Dachneigung. Daraus ergebe sich der entsprechende Rahmen.

Bürgermeisterin Schulze Hessing stellt klar, dass die Gestaltungssatzung keine Verhinderrungssatzung sei.

Stv. Kindermann merkt an, dass die Satzung keine Entwicklung innerhalb des Rahmens verhindere. Einschränkungen seien zu recht in der Satzung genannt. Es falle sofort auf, dass es ein anderes Gebäude sei. Satzungen seien zu überprüfen, aber dann müsse man auch wissen, wohin man wolle.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass wenn Borken innovativ weiterentwickelt werden solle, auch Gestaltungsmöglichkeiten vorhanden sein müssen. Es sei sich nicht sklavisch an Höhen und Grenzen festzuhalten.

Stv. Ebbing gibt an, dass wenn die Satzung für dieses Vorhaben so gedehnt werde, dann auch für alle anderen so anzuwenden sei, welche in diesem Bereich bauen möchten. Es seien schließlich alle gleich zu behandeln.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann stellt fest, dass es wunderbar sei, wenn mehrere kommen, die es auch so machen wollen.

Stv. Richter merkt an, dass es einen gewissen Spielraum in der Satzung gäbe. Das Vorhaben sei ein Startschuss, eine Initialzündung. Überall in Borken werde die zu niedrige Bebauung bemängelt.

Stv. Kindermann ist der Meinung, dass die Kapuzinerstraße sehr vielfältig und bunt sei. Eine andere Planung sei auch möglich, welche in die Straße passe. Allen die dort bisher was gebaut hätten, wurde gesagt, dass sie sich an die Gestaltungssatzung zu halten haben.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass sich in den letzten 25 Jahren in diesem Bereich kaum etwas geändert bzw. gebaut wurde. Das einzige sei das Modehaus Cohausz. Dieses sei gerade wegen der modernen Architektonischen Form- und Gestaltungssprache eine Bereicherung.

Herr Thesing bedankt sich für die Beteiligung. Es werde alles getan, dass es ein Objekt für Borken werde.

Beschlussvorschlag:

Das geplante Vorhaben wird begrüßt. Die Verwaltung wird damit beauftragt, die notwendigen Schritte zur Änderung des Bebauungsplanes BO 45 (Kapuzinerstraße) vorzubereiten und einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 15 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

**zu 7 Biodiversitätsstrategie der Stadt Borken - Kommunale Grünflächen-
 pflege
 Vorlage: V 2019/250**

Stv. Biela gibt an, dass Pestizide nur, wenn nötig genutzt werden sollten, am besten gar nicht.

Stv. Richter merkt an, dass Unkräuter zur Belastung auf den landwirtschaftlichen Flächen führen. Beim Pflegekonzept der Biodiversitätsstreifen solle dieses mit berücksichtigt werden.

Stv. Martsch möchte wissen, was als Ersatz für Torf genommen werde.

Fachbereichsleiter Beckmann erklärt, dass Kompost als Ersatz genommen werde.

Stv. Biela gibt an, dass es das Ziel sein müsse, das möglichst viele Insekten leben können

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.
 Die Verwaltung wird beauftragt, einen Mitgliedsantrag im Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 16 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

**zu 8 Vorschlag zur Nachbesetzung eines Naturschutzbeauftragten
 Vorlage: V 2019/251**

Erster Beigeordneter Nießing erläutert das Bewerbungsverfahren und stellt die Person Stefan Pölling vor.

Stv. Biela regt an, dass sich Herr Pölling dem Ausschuss vorstellen solle.

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass wenn Herr Pölling vom Kreis Borken bestätigt werde, dass man dann Herrn Pölling gerne einladen können, am besten aber alle Naturschutzbeauftragten, damit sich alle vorstellen könnten.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, dem Kreis Borken als Naturschutzbeauftragten für den Dienstbezirk Borken IV **Stefan Pölling** vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 9 Geräteraumerweiterung (Anbau) für die Mergelsbergsporthalle
Vorlage: V 2020/022/1

Beschluss:

Der Umwelt- u. Planungsausschuss beschließt den Bau einer Geräteraumerweiterung an der Mergelsbergsporthalle gemäß den Erläuterungen in der Vorlage und der vorgestellten Entwurfsplanung. Zudem sollen die Planungen um 20 qm für 20.000 Euro erweitert werden. Die Baugrenzen werden damit ausgeschöpft und die Lagerkapazitäten aufs Maximum erweitert.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 10 Umbau Rampe Aa-Radweg an der Alten Bahntrasse
Vorlage: V 2020/040

Stv. Richter und **Stv. Tautz** begrüßen die Maßnahme.

Stv. Ebbing gibt an, dass aus der Anlage nicht zu erkennen sei, ob das große grüne Gewächs städtisch sei und regt an, diese durch etwas Kleineres zu ersetzen, damit die Verkehrssicherheit gegeben sei.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass das Gehölz zurückgeschnitten werden solle, zudem sei die neue Wegführung weiter von dem Gewächs entfernt.

Beschluss:

Der Umwelt und Planungsausschuss beschließt die Durchführung der Maßnahme in 2020 auf der Grundlage der in der Vorlage beschriebenen Rahmenbedingungen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 11 Kanalverlegung unterhalb des neuen Kreisverkehrs Nordvelener Straße
Vorlage: V 2020/041

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss stimmt der Kanalplanung zu und empfiehlt dem Hauptausschuss die entsprechenden Mittel außerplanmäßig bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei Produkt 12.01.01.00, Sachkonto 09112000, USK 63000.95650 (Straßenmäßige Erschließung der Erweiterung des Gewerbegebietes GE 21, Baustraße).

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 12 Neubau einer Straßenbeleuchtung an der Nordvelener Straße von
Ramsdorfer Straße bis Kotten Büsken
Vorlage: V 2020/042**

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, die Beleuchtung an der Nordvelener Straße vom Kreisverkehr Ramsdorfer Straße bis Kreisverkehr Kotten Büsken herzustellen.

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 Euro außerplanmäßig im Haushalt 2020 bereit zu stellen. Eine Deckung der außerplanmäßigen Mittel kann durch USK 90000.01200 (Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) Produkt 16.01.01.00, Sachkonto 40220000 erfolgen.

Der Umwelt- und Planungsausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss, die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 € bei der Haushaltsberatung 2021 zu berücksichtigen und im Haushalt 2020 eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Die Deckung erfolgt durch die Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei Produkt 12.01.01.00, Sachkonto 09112000, USK 63000.95650 (Straßenmäßige Erschließung der Erweiterung des Gewerbegebietes GE 21, Baustraße).

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 13 Entwicklung eines städtischen Grundstücks "Am Kaninchenberg"
Vorlage: V 2020/056**

Stv. Richter möchte wissen, ob eine Änderung des Bebauungsplanes auch Auswirkungen auf die Nachbargrundstücke habe, gleiches Recht für alle.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erklärt, dass bereits erste Gespräche mit Anliegern stattgefunden haben. Die Bebauungsplanänderung werde zur gegebenen Zeit vorgestellt, wo entsprechend eine Verdichtung vorstellbar sei.

Stv. Biela wirft die Frage auf, wie der aktuelle Zustand des Gebäudes sei und ob dieses unter Umständen noch zu gebrauchen sei.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass das Gebäude abgängig sei. Auch für die Unterbringung von Flüchtlingen sei es sehr problematisch.

Stv. Ebbing merkt an, dass es verpflichtend sei, bei einer Änderung des Bebauungsplanes überall zu schauen, wo eine Nachverdichtung möglich sei.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus erklärt, dass geprüft werden müsse, wo es möglich und vertretbar sei.

Stv. Nikolov stellt fest, dass städtische Grundstücke, welche verkauft würden, mindestens über zwei Stellplätze verfügen sollten, diese Anzahl werde bei diesem Projekt nicht erreicht.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass beim sozialen Wohnungsbau die Stellplatzregelung 1 zu 1 sei und bei den Wohnungen für den freien Markt 1 zu 1,5. Dieses wäre die Grundlage für die Neue Mitte Burlo und an der Weseler Landstraße im Bereich BO 68 Haspelkamp und solle auch hier Grundlage sein.

Stv. Richter merkt an, dass die Stellplatzregelung grundsätzlich so richtig sei, es aber fraglich sei, ob es so die Realität sei und möchte wissen, ob einem Datenbestand entnommen werden könne, wie viel Autos eine Wohnung habe. Es sei keine Grundlage vorhanden, um zu sagen, dass nur ein Stellplatz richtig sei, hierzu fehlten belastbare Grundlagen.

Erster Beigeordneter Nießing erklärt, dass im SGB II und XII ausgewertet worden sei, wer überhaupt in dem Besitz eines Führerscheines sei, mit dem Ergebnis, dass nur ein sehr kleiner Teil überhaupt einen Führerschein besitze. Für diese Gruppe sei ein Führerschein eher die Ausnahme.

Stv. Nikolov gibt an, dass beim sozialen Wohnungsbau Fördermittel dahinterstehen und möchte wissen, wie lange solche Wohnungen entsprechenden gebunden seien.

Erster Beigeordneter Nießing erläutert, dass eine Bindungsfrist für mindestens 20 Jahre bestehe, danach könne eine geänderte Nutzung eintreten. Nach 20 Jahren sei die Wohnung in die Jahre gekommen und habe wahrscheinlich eine einfache Ausstattung, da werde man nicht einfach die Miete verdoppeln können.

Stv. Nikolov wirft die Frage auf, ob es nicht gekoppelt werden könne, dass nach der Bindungsfrist zwei Stellplätze Pflicht seien.

Fachabteilungsleiter Busch erklärt, dass dieses baurechtlich nicht möglich sei. Zudem bestehe auch eine Grenze bezüglich der Verdichtung bzw. Versiegelung.

Fachabteilungsleiter Dahlhaus fügt hinzu, dass wenn mehr Stellplätze gefordert würden, dann nur drei statt vier Reihenhäuser realisiert werden könnten und eine Wohneinheit beim Mehrfamilienhaus wegfallen würde.

Stv. Biela merkt an, dass das Vorhaben genau richtig sei. Personen mit einem Wohnberechtigungsschein hätten ein geringes Einkommen wodurch zwei Autos eher unwahrscheinlich seien.

Sachk. Bürgerin Engelhardt fügt hinzu, dass Am Kaninchenberg nicht viel los sei, da fahre alle zwei Stunden ein Bus, dort werde ein Auto benötigt.

Stv. Ebbing regt an, dass sich in Zukunft bei solchen Grundstücken Gedanken darüber gemacht werden solle, wo man das E-Bike oder Ähnliches unterbringen könne, die Zukunft sehe anders aus.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erläutert, dass es hier nicht um die Planung, sondern um den Bebauungsplan gehe. Beim Investorenwettbewerb könnten einige Vorgaben gemacht werden, welche nun entwickelt würden. Es sei die Empfehlung, ein Stellplatz pro sozialer Wohnung, da ein Investor ansonsten Abstand davon nehmen werde. Nun sei der entsprechende Rahmen abzustecken. Für den sozialen Wohnungsbau 1 Stellplatz, für die frei finanzierbaren Wohnungen 1,5 Stellplätze, da eine Nachverdichtung ansonsten nicht erfolgen könne. Die Variante zwei sei vom Ausschuss bevorzugt worden. Die Ausschreibung werde vorbereitet und im nächsten UPA sowie der Lenkungsgruppe vorgestellt. Der Bebauungsplan werde insgesamt überprüft. Auch Anderen solle auf Grund der Gleichbehandlung eine Nachverdichtung ermöglicht werden.

Beschluss:

a) Einer Bebauung des Grundstückes gemäß den vorliegenden Variante 2 wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Änderung des Bebauungsplanes HO 2 (Am Kaninchenberg) auf Grundlage der vorliegenden Entwicklungsstudien vorzubereiten.

b) Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, eine Ausschreibung der Flächen vorzubereiten und für die Vergabe die oben beschriebenen Kriterien zugrunde zu legen. Für die Entscheidungsfindung wird eine Lenkungsgruppe mit Beteiligung politischer Vertreterinnen und Vertreter gebildet.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 14 Antrag der CDU: Einrichtung eines Gestaltungsbeirates
Vorlage: V 2020/052

Stv. Kranenburg sieht den Beirat als kreativen Input. Als Borkener selbst mit offenen Augen durch die eigene Stadt zu gehen sei schwierig, ein Externer habe ein anderes Auge in einer fremden Stadt.

Stv. Richter merkt an, dass die Satzung für den Beirat auszuformulieren sei, dass dort beraten werde und nicht Zuständigkeiten und Kompetenzen aus den Gremien abgetreten würden oder dass durch streuen von Infos aus dem Beirat der UPA an die Kette gelegt werde, so etwas dürfe nicht passieren. Es sei wünschenswert, vorher eine Vita der Personen zu bekommen, welche in den Beirat kommen sollten.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass weiterhin der UPA und Rat ausschlaggebend seien, der Beirat gebe Empfehlungen ab.

Stv. Richter gibt an, dass eine Empfehlung des Beirates vor Verfassung der Vorlage und der Sitzung bekannt sei, damit die Empfehlung auch vorher hinterfragt werden könne.

Sachk. Bürger Schweers merkt an, dass die ökologischen und energetischen Belange in §1 der Geschäftsordnung zu integrieren seien.

Stv. Ebbing stellt fest, dass es sich so anfühle, als ob man an die Kette genommen werde, weil man gegen eine Empfehlung des Beirates nicht mehr stimmen könne. Wichtig sei, dass die Bürger alles mitbekommen, ein Beirat sei so nicht der richtige Weg. Ihre Fraktion werde nicht zustimmen.

Stv. Biela fügt hinzu, dass fähiges Personal im Rathaus vorhanden sei, ihre Fraktion werde auch nicht zustimmen.

Stv. Richter gibt an, dass Qualität in diesem Fall seinen Preis habe. Die Politik könne als Zuhörer im Beirat vertreten sein und somit sei es eine Bereicherung. Ein Investor solle ab der ersten Idee begleitet und unterstützt werden. Gerne könne das Thema nach ein paar Jahren evaluiert werden und dann werde erneut darüber gesprochen.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erklärt, dass in Coesfeld auch ausführlich über dieses Thema diskutiert worden sei. Dort sei die Politik nun froh einen Beirat zu haben, da eine Abwägung vorher im Beirat stattgefunden habe. In Coesfeld seien nur gute Erfahrungen damit gemacht.

Stv. Ebbing stellt fest, dass wenn trotz eines Beirates über ein Bauvorhaben diskutiert werde, habe man die selbe Debatte wie mit Beirat, nur dass die Debatte umsonst sei und der Beirat Geld koste.

Vorsitzender Rottbeck erläutert, dass man es nicht so einfach sehen dürfe, mit dem Beirat arbeite man nicht immer im eigenen Dunst.

Technischer Beigeordneter Kuhlmann erläutert, dass es sich um renommierte Architekten und Landschaftsplaner handele, von dieser Fachexpertise solle profitiert werden.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss der Stadt Borken beschließt die Berufung eines Gestaltungsbeirates.

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt für die Tätigkeiten des Gestaltungsbeirates die als Anlage 02 beigefügte Geschäftsordnung. Die ökologischen sowie energetischen Belange sind in §1 der Geschäftsordnung zu integrieren.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Gestaltungsbeirat aus sach- und fachkundigen Mitgliedern (drei Architektinnen/ Architekten, eine Stadtplanerin/ einen Stadtplaner und eine Landschaftsplanerin/ einen Landschaftsplaner) vorzuschlagen und in einer der folgenden Sitzungen des Umwelt- und Planungsausschusses beschließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	11 Ja-Stimmen
	6 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 15 Antrag des CDU-Ortsverbandes Gemen vom 06.11.2018 - Aufstellung von "Durchblick"-Tafeln im Ortsteil Gemen
(Beschluss des Hauptausschusses vom 28.11.2018)
Vorlage: V 2019/286**

Vorlage wurde abgesetzt!

**zu 16 Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN: European Climate Adaption Award (eca)
Vorlage: V 2020/030**

Beschluss

Der UPA stellt fest, dass die im vorhandenen Klimakonzept beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Der UPA stimmt daher der Verschiebung einer Antragsstellung zur „Durchführung eines kommunalen Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsverfahrens zur Klimafolgenanpassung“ – insbesondere zur Vermeidung von Förderschädlichkeit – zu.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

**zu 17 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen: Schaffung von mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder
Vorlage: V 2019/348**

Verwaltungsmitarbeiter Zender merkt an, dass über die zweite Entscheidungsalternative nachzudenken sei.

Bürgermeisterin Schulze Hessing erklärt, dass die zweite Entscheidungsalternative mit in den Beschluss aufgenommen werden könne.

Beschluss:

Der Umwelt und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Projektbeschreibung anzufertigen und einen Förderantrag für das Jahr 2020 zu stellen.

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, dass die Fahrradboxen der Stadt Borken den Bürgerinnen und Bürgern zur freien Verfügung mit einem Pfandschloss zur Verfügung gestellt werden.

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, die Möglichkeit einer ÖPP zu ergründen.

Der Umwelt und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine eigene Vorlage zu diesem Thema zu erstellen und der Politik vorzulegen.

Sollte die Stadt Borken eine Förderung in 2020 erhalten, wird die Verwaltung dem Umwelt- und Planungsausschuss berichten.

Die zusätzlichen erforderlichen Haushaltsmittel (unter 50.000 Euro) werden abhängig von der Deckungsmöglichkeit entweder vom Kämmerer außerplanmäßig oder im Rahmen der Budgetierung bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	17 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 18 Mitteilungen der Verwaltung

Siehe Unterpunkte.

zu 18.1 45. Änderung Flächennutzungsplan

Fachabteilungsleiter Dahlhaus gibt an, dass die Bezirksregierung Münster mit Schreiben vom 26.02.2020 die 45. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Borken genehmigt habe. Inhaltlich gehe es dabei um die nördliche Erweiterung der Gewerbeflächen im Gewerbepark Hendrik-De-Wynen. Die Bekanntmachung der Genehmigung der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung und des Satzungsbeschlusses der 1. Änderung des Bebauungsplanes BO 74 erfolge im nächsten Amtsblatt.

zu 18.2 Bekennerbrief Fliegerberg

Bürgermeisterin Schulze Hessing gibt an, dass heute in der Borkener Zeitung über einen Bekennerbrief bezüglich Fliegerberg geschrieben worden sei, dieser Bekennerbrief sei auch bei der Stadt Borken eingegangen. Bürgermeisterin Schulze Hessing liest den Brief vor und gibt an, dass die Rechtsstaatlichkeit gelte und sie mehr als empört über diesen Brief sei. Die Politik müsse sich hier klar positionieren.

zu 19 Anfragen an die Verwaltung

Keine Anfragen vorhanden.

gez.
Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzender

gez.
Matthias Kaß
Schriftführer